

OA-Update 2023/07 | Stand: 25. April

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neue Sanktions-Update fasst für Sie die wichtigsten Entwicklungen seit dem 5. April zusammen. Besonders hinweisen möchten wir Sie dabei auf ein neues Positionspapier zum Thema Sanktionsumgehung, das BDI und Ost-Ausschuss gemeinsam erarbeitet haben. Beide Verbände sprechen sich dafür aus, ähnlich wie die USA Unternehmen aus Drittländern in einem dreistufigen Verfahren zu listen, wenn sie nachweislich an Sanktionsumgehungen beteiligt sind. Dies wäre eine notwendige Orientierungshilfe im Geschäftsalltag für alle Wirtschaftsakteure. Eine rechtlich verbindliche Einführung von Endverbleibserklärungen lehnen wir ab, weil dadurch neue Bürokratielasten auf die Unternehmen und das bereits jetzt überlastete Bundesamt für Ausfuhrkontrolle zukämen, ohne dass dadurch Sanktionsumgehungen sicher verhindert werden können. Zudem warnen wir davor, einzelne Länder oder Ländergruppen pauschal zu beschuldigen, was in der bisherigen Debatte leider bereits geschehen ist. Hauptproblem bei den Russland-Sanktionen ist, dass zu viele Länder diese nicht nachvollzogen haben. Hier müsste die Politik ansetzen. Das Thema Sanktionsumgehung wird auch beim elften EU-Sanktionspaket gegen Russland eine Rolle spielen, dessen Inhalte voraussichtlich in der kommenden Woche vorliegen. Den aktuellen Sachstand dazu finden Sie ebenfalls im heutigen Update. Hier alle Themen in der Übersicht:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Positionspapier von BDI und Ost-Ausschuss zum Thema „Sanktionsdurchsetzung“

Gemeinsam mit seinem Trägerverband BDI hat der Ost-Ausschuss ein Positionspapier zur Vermeidung von Sanktionsumgehung vorgelegt. Wir stehen an der Seite der Ukraine und unterstützen die Russland-Sanktionen und die außen- und sicherheitspolitischen Ziele, die damit verfolgt werden. Um eine Sanktionsumgehung über Drittländer zu vermeiden, sprechen wir uns für europaweite schwarze Listen aus, mit denen Firmen und Organisationen, die an Maßnahmen zur Sanktionsumgehung beteiligt sind, gelistet werden und damit als Geschäftspartner ausscheiden. Die Einführung von verpflichtenden Endverbleibserklärungen lehnen wir hingegen ab. Auf freiwilliger Basis können sie ein sinnvolles Mittel im Geschäftsalltag sein, wenn es etwa um Zusammenarbeit mit Neukunden und sensible Waren und das firmeninterne Compliance geht. Ihre rechtlich verbindliche Einführung würde aber den deutschen Handel weiter überbürokratisieren, Lieferfristen verlängern und damit Unternehmen im Konkurrenzkampf weiter benachteiligen. Die Frage wäre dann zudem, für welche Länder diese Regelung gelten würde. Derart indirekt gelistete Länder dürften auf Distanz zu deutschen/europäischen Unternehmen gehen und sich anderweitig nach Partnern umsehen.

Das gemeinsame Positionspapier wurde im Rahmen einer zweiten Abstimmungsrunde von Verbandsvertreterinnen und -vertretern mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz am 24. April im BMWK vorgestellt. Dieser offene und konstruktive Meinungsaustausch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird weiter fortgesetzt.

Das gemeinsame Positionspapier zum Thema „Sanktionsdurchsetzung“ finden Sie hier:

[Sanktionsdurchsetzung \(ost-ausschuss.de\)](https://www.ost-ausschuss.de/Sanktionsdurchsetzung)

Zum Positionspapier haben BDI und Ost-Ausschuss zudem ein gemeinsames Statement veröffentlicht:

- „Die deutsche Wirtschaft steht vollumfänglich hinter dem Russlandembargo der EU. Den Vorwurf eines leichtfertigen Umgangs mit Sanktionsumgehung weisen wir von uns.
- Russland hat ein zunehmend ausgefeilteres System zur Vermeidung der Handelsrestriktionen geschaffen. Das ist möglich, weil rund 60 Prozent der Weltwirtschaft und 75 Prozent der Weltbevölkerung Russland nicht sanktionieren.
- Die deutsche Industrie spricht sich für europaweite schwarze Listen aus, auf denen Unternehmen außerhalb der EU aufgeführt werden sollen, die der russischen Beschaffung dienen. Zur Durchsetzung des Embargos ist ein zentrales Kontrollinstrument dringend notwendig.“

[„Zentrales Kontrollinstrument dringend notwendig“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business“ – Druck auf Unternehmen in Russland steigt weiter

In der 11. Ausgabe der Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business“ ging es am 5. April 2023 wieder um aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen in Russland und die Lage deutscher Unternehmen vor Ort. Diese ist von weiter wachsenden Unsicherheiten geprägt, da sowohl der Druck durch die Sanktionen des Westens, als auch durch Gegenmaßnahmen der russischen Behörden weiter steigt und zu existenziellen Problemen führt - angefangen vom erschwerten Zahlungsverkehr über Störungen in den Logistikketten bis hin zum gefährdeten Patentschutz. Mit rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war das Interesse an dem von Jens Böhlmann moderierten Online-Austausch wie gewohnt sehr groß. Nach Praxisberichten dreier Unternehmensvertreter aus dem Maschinenbau, der Automobilindustrie und der Landwirtschaft, informierten Kamil Karibov und Ilja Titov von Advant Beiten über den „Schutz des materiellen und geistigen Eigentums in Russland: Risikobewertung, Vorbeugung, Rechtsschutz“. Demnach sei für Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit in Russland stark reduzierten oder den Markt ganz verließen, die Gefahr sehr groß, den Patentschutz in Russland und ihre Markenrechte zu verlieren. „Wer geht, muss verlieren“, dieses Motto treibe die russische Regierung an. Wer hingegen auf dem Markt aktiv bleibe, könne zwar weitgehend unbehelligt weiterarbeiten, müsse aber für die Zukunft immer damit rechnen, zum Ziel russischer Gegensanktionen zu werden. Falls russischer Besitz im Ausland enteignet werde, sei umgekehrt mit Enteignungen ausländischen Besitzes in Russland zu rechnen. Auch das Thema Sanktionsumgehung durch Geschäftspartner spielte in den Gesprächen eine Rolle. Demnach gehen Unternehmen bereits dazu über, bei einer auffälligen Zunahme für Bestellungen sanktionierter Güter durch Partner in Drittstaaten Endverbleibserklärungen einzufordern, um das Risiko der Sanktionsumgehung zu verringern. Ein Vertreter aus dem landwirtschaftlichen Bereich berichtete, dass die Zusammenarbeit nach wie vor aufrechterhalten wird, da es um die Nahrungssicherheit geht. Trotzdem gebe es auch in diesem Bereich Schwierigkeiten, zum einen bei den Lieferkosten und zum anderen bei den Lieferwegen. Zudem sei der Zahlungsverkehr stark eingeschränkt.

Unterlagen zu den Vorträgen finden Sie hier:

[12. Business for Business - Verlagerung der Lieferketten, neue Lieferanten, Compliance mit dem Schwerpunkt Zentralasien/Kaukasus | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Auflösung des „Petersburger Dialogs“

Der „Petersburger Dialog“, ein zivilgesellschaftliches Forum zwischen Deutschland und Russland, wird endgültig abgewickelt. Die Mitgliederversammlung beschloss 19. April die Auflösung des Vereins, wie dessen Geschäftsstelle in Berlin mitteilte: „Der Verein befindet sich damit im Liquidationsjahr und wird im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben abgewickelt.“ Bereits im November hatte die Mitgliederversammlung beschlossen, sich im ersten Quartal 2023 aufzulösen, heißt es in einem Bericht der Deutschen Presse-

Agentur. „Angesichts des verbrecherischen Angriffskrieges und der Frontstellung gegen die westlichen Demokratien ist ein Dialog in diesem Format nicht mehr möglich“, hieß es zur Begründung. Den „Petersburger Dialog“ hatten im Jahr 2001 Russlands Präsident Wladimir Putin und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) ins Leben gerufen. Seitdem fanden jährlich im Wechsel zwischen beiden Ländern größeren und zahlreiche kleinere Treffen von zivilgesellschaftlichen Organisationen beider Länder statt. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat sich in den vergangenen 20 Jahren insbesondere in der Arbeitsgruppe Wirtschaft des Dialogs engagiert. Zu den Ergebnissen des Dialogs gehörte die Gründung einer Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch im Jahr 2006, in die Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses über drei Millionen Euro eingebracht haben. Auch die Zukunft dieser Stiftung und die Ausrichtung ihrer Projektarbeit ist gegenwärtig in der Diskussion.

2. Deutschland

Deutsch-Russischer Handel weiter im Sinkflug

Ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist der deutsche Außenhandel mit Russland weiter im Sinkflug. Die russischen Importe brachen im Februar 2023 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 91 Prozent ein, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden ermittelte. Russland stürzte so von Rang elf der bedeutendsten Importländer auf Rang 46 ab. Erstmals seit Langem verzeichnete Deutschland einen Exportüberschuss. Der Wert von nach Deutschland importierten russischen Waren betrug den Angaben zufolge im Februar noch 0,3 Milliarden Euro. Im Februar 2022 hatten allein die Einfuhren an russischem Erdöl und Erdgas noch 2,2 Milliarden Euro an Wert betragen. Zuletzt kam nur noch eine Restmenge aus Russland. Auch die russischen Importe weiterer Energieprodukte wie Kokereierzeugnisse und Kohle sanken im Jahresvergleich um über 90 Prozent.

Hier die Februar-Handelszahlen für alle Länder des Ost-Ausschusses:

[Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Verhinderung von Sanktionsumgehung: Habeck bringt dänisches Modell ins Spiel

Seit Beginn des russischen Krieges gegen das Nachbarland vor gut 13 Monaten hat die EU zehn Sanktionspakete gegen Russland auf den Weg gebracht, die Handelsbeschränkungen und weitere Maßnahmen vorsehen. Beim besseren Kampf gegen die illegale Umgehung dieser Sanktionen könne Deutschland von Dänemark lernen, sagte Vizekanzler Robert Habeck in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe. Der dänische Zoll analysiere Handelsströme und Zoll Daten sehr genau auf Auffälligkeiten.

„Wenn solche auftauchen, beispielsweise eine große Menge an bestimmten Gütern, die vorher an Russland gingen, jetzt plötzlich in ziemlich der gleichen Menge in ein anderes

Drittland geliefert werden soll, ist das ein Grund hinzugucken“, sagte Habeck. Dann bitte der dänische Zoll Unternehmen um Stellungnahme. „Das deutsche Außenwirtschaftsrecht kennt dieses Auskunftsverlangen und diese Prüfbefugnisse auch“, sagte der Minister. „Wenn das zielgenau genutzt wird, können wir die gemeinsame Schlagkraft unserer Behörden stärken.“

Das Bundesfinanzministerium verwies allerdings nach Informationen von Spiegel-Online auf die Verantwortlichkeit des Wirtschaftsministeriums beim Thema Sanktionsumgehung. „Die von Herrn Habeck zu Recht angesprochenen Aufgaben liegen nicht beim Zoll, sondern beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich“, teilte ein Sprecher mit.

Experten halten zudem das deutsche und dänische Zollsystem für nicht vergleichbar. Entsprechend Daten seien in Deutschland weniger verfügbar.

[Habeck: Zoll soll Russland-Sanktionen überwachen - ZDFheute](#)

[Robert Habeck will Trickereien bei Russland-Sanktionen unterbinden - DER SPIEGEL](#)

Zeit-Online: Deutsche Wertarbeit für Putins Raketen

Unter dieser Überschrift veröffentlichte Zeit-Online am 12. April eine aufwändige Recherche zur Umgehung westlicher Sanktionen mit Hilfe dubioser Zwischenhändler. Sicher scheint, dass Russland über ein Geflecht aus Scheinfirmen, die von russischstämmigen Bürgern gegründet wurden, westliche Technologie bezieht, die schließlich auch für Rüstungsgüter verwendet wird. Zeit-Online hat demnach Unternehmen identifiziert, die offenbar an derartigen Machenschaften beteiligt sein könnten, darunter die Firma Pegasos bei Kassel, DK Werkzeuge GmbH in Bielefeld sowie Napp Trade in Ankara und Demirci Bilisim Ticaret Sanayi Ltd. in Antalya. Sanktionsexperten raten zu verstärkten Compliance-Prüfungen. Siehe dazu auch die Empfehlungsliste des US-Finanzministeriums in Kapitel 5 dieses Updates.

Der Zeit-Artikel ist kostenpflichtig, den Link finden Sie hier:

[Rüstungsexporte nach Russland: Deutsche Wertarbeit für Putins Raketen | ZEIT ONLINE](#)

Henkel verkauft Russlandgeschäft

Ein Jahr nach dem angekündigten Rückzug hat Henkel nach Informationen des Handelsblatts sein Russland-Geschäft erfolgreich veräußert. Der Persil- und Pril-Hersteller teilte mit, dass ein Konsortium russischer Finanzinvestoren die Aktivitäten gekauft habe. Dazu gehören Augment Investments, Kismet Capital Group und Elbrus Services. Die Düsseldorfer erzielten in Russland bis zur russischen Invasion in die Ukraine fünf Prozent ihres jährlichen Konzernumsatzes, über eine Milliarde Euro. „Henkel erwartet durch den Rückzug aus Russland unter dem Strich einen finanziellen Verlust“, sagte ein Sprecher. Der Konzern hat einen Verkaufspreis von umgerechnet rund 600 Millionen Euro erzielt.

Nach Informationen der AHK Moskau hat sich Henkel im Rahmen der Verkaufsverhandlungen ein Rückkaufrecht gesichert.

Henkel-CEO Carsten Knobel hat nach Informationen von DowJones in seiner Rede bei der Hauptversammlung des DAX-Konzerns den Verkauf des Russland-Geschäfts verteidigt. „Wir sind überzeugt: Angesichts des andauernden Krieges, der sich verschärfenden Sanktionen sowie der geopolitischen Veränderungen war und ist es die richtige Entscheidung. Auch im Sinne unserer Aktionärinnen und Aktionäre“, sagte Knobel zum Auftakt des jährlichen Aktionärstreffens, das der Konzern in Präsenz in Düsseldorf abhält. Damit schließe der Persil-, Pril- und Pritt-Hersteller den Ausstieg aus Russland ab. „Er war ein sehr komplexer Prozess. Und er hat länger gedauert als gedacht. Dennoch haben wir konsequent gehandelt“, so Knobel in seiner online übertragenen Rede. Die Erwerber unterliegen Knobel zufolge nicht den aktuellen Sanktionen durch die EU oder die USA. Der Verkauf hatte sich hingezogen, aus der Gesamttransaktion rechnet Henkel einem Unternehmenssprecher zufolge eher mit einem Verlust, dessen Größenordnung das Unternehmen allerdings erst im Jahresverlauf genauer beziffern könne.

[Henkel verkauft Russland-Geschäft für etwa 600 Millionen Euro \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/henkel-ruft-rueckkaufrecht-fuer-russland-geschaeft-anzuehmend-gegenueber-aktionaerinnen-und-aktionaere-11777722.html)

Reuters: Mercedes verkauft mit Rückkaufoption

Mercedes-Benz hat sich nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters auf eine Rückkaufoption für seine russischen Vermögenswerte geeinigt, deren Verkauf nun offiziell genehmigt wurde. Dies habe der deutsche Autobauer am 19. April mitgeteilt und sei damit seinem Ausstieg aus Russland einen Schritt nähergekommen.

Mercedes, das Anfang März 2022 die Exporte nach Russland und die dortige Produktion einstellte, hat im vergangenen Jahr dem Verkauf von Anteilen an seinen Industrie- und Finanzdienstleistungstöchtern an die lokale Autohandelskette Avtodom zugestimmt.

Geschäfte, die westliche Unternehmen aus so genannten unfreundlichen Ländern - d. h. aus Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben - mit Russland abschließen wollen, müssen von einer Regierungskommission genehmigt werden. Die Unternehmen fügen dabei zum Teil Rückkaufklauseln ein, die sie eines Tages zurückkehren lassen könnten. Mercedes teilte mit, dass es sich aus dem Markt zurückziehen wolle und dass der Verkauf von Anteilen an seinen Tochtergesellschaften an Avtodom nun genehmigt worden sei.

"Der Vollzug der Transaktion steht nun insbesondere unter dem Vorbehalt der Umsetzung der vertraglichen Vereinbarungen", so Mercedes in einer Erklärung. „Wir haben mit dem Käufer eine Option vereinbart, nach der wir die Unternehmensanteile zurückkaufen könnten, wenn die Sanktionen wieder aufgehoben werden."

Aus dem russischen Unternehmensregister geht hervor, dass Avtodom am 18. April 100 Prozent der Anteile an Mercedes-Benz Capital Rus und Mercedes-Benz Manufacturing Rus übernommen hat. Interfax zitierte Avtodom mit den Worten, das Geschäft mit

Mercedes sei noch nicht abgeschlossen und man arbeite intensiv mit staatlichen Stellen zusammen, um das Geschäft abzuschließen.

[Mercedes includes buyback option as Russian assets sale given official approval | Reuters](#)

Deutsche Bank wickelt Tech-Zentren in Russland ab

Die Deutsche Bank hat sich von ihren russischen Technologiezentren weitgehend unabhängig gemacht und könnte sie in absehbarer Zeit schließen, dies berichtet das Handelsblatt. Die bisherigen Aufgaben sowie das Know-how der beiden für die Bank wichtigen IT-Standorte in Moskau und Sankt Petersburg seien weitgehend auf andere Standorte der Bank übertragen worden, sagten demnach mehrere mit dem Sachverhalt vertraute Personen dem Handelsblatt.

Nun bereite die Deutsche Bank offenbar das Ende der russischen Tech-Zentren vor: Die Beschäftigten hätten das Angebot erhalten, die Bank gegen eine Abfindung zu verlassen, hieß es in Kreisen des Instituts. Auch das Angebot, an einen Standort ins Ausland zu wechseln, etwa nach Berlin, habe weiterhin für alle Bestand. Die Bank hatte schon im vergangenen Jahr allen russischen IT-Beschäftigten angeboten, freiwillig ins neu gegründete Tech-Zentrum in Berlin oder an andere IT-Standorte zu wechseln.

Bundesweit haben nach Informationen des Handelsblatts viele deutsche Unternehmen russische Mitarbeiter nach Deutschland gelotst. Aus dem Auswärtigen Amt heiß es, seit März 2022 hätten Deutschlands Auslandsvertretungen weltweit rund 9.200 Arbeitsvisa an russische Staatsangehörige erteilt. Diese Auswanderungsoption stehe weiterhin allen offen, die Prozedur ist dem Vernehmen nach mittlerweile aber langwieriger und komplizierter geworden.

3. Europäische Union

Aktueller Überblick:

Beratungen zum elften EU-Sanktionspaket

In der EU wird intensiv über ein geplantes, elftes Sanktionspaket gegen Russland diskutiert. Dabei geht es aktuell insbesondere um Einschränkungen beim Handel mit russischem Uran und eine Sanktionierung des russischen Atomkonzerns Rosatom, sowie um neue Maßnahmen zur Vermeidung von Sanktionsumgehungen. Zudem fordert das EU-Parlament neue Personensanktionen für russische Beteiligte an der Verhaftung und Verurteilung des Oppositionellen Wladimir Kara-Mursa, der Mitte April zu 25 Jahren Haft verurteilt worden ist. Auch Beteiligte an der Verhaftung und Verurteilung der Oppositionellen Alexej Nawalny und Ilja Jaschin könnten neu gelistet werden.

Auf G7-Ebene wird angeblich bereits über ein völliges Exportverbot für Waren nach Russland gesprochen, das insbesondere die USA ins Spiel gebracht hätten. Ausnahmen könnte es demnach für einige humanitäre Güter wie Medikamente oder landwirtschaftliche Erzeugnisse geben. Das wären Produktkategorien die zunehmend auch den Resthandel Deutschlands mit Russland dominieren.

Kommission legt Vorschlag für 11. Sanktionspaket gegen Russland vor

Nach Informationen der Investigativ-Plattform Table.Media hat die EU-Kommission die Botschafter der Mitgliedstaaten inzwischen zu ihren Plänen für das 11. Sanktionspaket gegen Russland informiert. Der Fokus werde darauf gelegt, Lücken im bisherigen Sanktionsregime zu schließen und Umgehungen zu verhindern, sagten Diplomaten. Die EU-Botschafter sollen sich am Mittwoch (26.4.) erstmals im Ausschuss der Ständigen Vertreter über das 11. Sanktionspaket sprechen. In dem neuen Paket sollen Personen neu gelistet werden, die an der Deportation von Kindern aus der Ukraine beteiligt sind.

Die Frage der Nuklearsanktionen werde zwar diskutiert, dürfte aber am Ende nicht Teil des Pakets sein, so die Informationen von Table-Media. Deutschland hat in einem Non-Paper vorgeschlagen, den Import von russischem Uran, Brennstäben und andere Nukleartechnologie aus Russland zu verbieten. Einige Mitgliedstaaten seien jedoch noch immer abhängig von Rosatom und seien deshalb gegen Nuklearsanktionen, sagte ein Diplomat. Die Frage der russischen Diamanten, bei denen hauptsächlich Belgien von einem Handelsverbot betroffen wäre, werde derzeit nicht diskutiert. Belgien sei nicht grundsätzlich gegen ein Importverbot, wolle aber international die Nachverfolgung sicherstellen, damit russische Diamanten nicht auf dem Umweg über Indien oder andere Drittstaaten in den Verkauf kommen. Zypern wiederum wehre sich gegen den Vorschlag, russischen Staatsbürgern den Erwerb von Immobilien in der EU zu verbieten.

G7 diskutieren komplettes Handelsembargo gegen Russland

Wie das Handelsblatt und die Berliner Zeitung unter Berufung auf einen Bericht der Agentur Bloomberg berichten, wird die Idee des völligen Exportverbots im Vorfeld des im

Mai stattfindenden G7-Gipfeltreffens in Japan diskutiert. Dies berichten Personen, die mit der Angelegenheit vertraut seien. Ziel sei es derzeit, die Europäische Union dafür zu gewinnen.

Der von den Diplomaten erörterte Ansatz würde das bestehende Sanktionsregime umkehren, schreibt das Handelsblatt, und alle Exporte verbieten, sofern sie nicht ausgenommen sind.

Bisher haben die Sanktionen — von Elektronik bis hin zu Luxusgütern — den Wert der Ausfuhren der EU und der G7 nach Russland fast halbiert. Nach Angaben des in Genf ansässigen Trade Data Monitor werden dennoch Waren im Wert von 66 Milliarden Dollar aus Europa, den USA, Kanada und Japan nach Russland eingeführt.

Sollte Russland umgekehrt in ähnlicher Weise reagieren, wäre die EU besonders anfällig für Restriktionen bei Rohstoffen wie Kupfer, Eisen, Nickel, Palladium und Uran. Ein nahezu vollständiges Embargo könnte Moskau auf der Suche nach Alternativen auch noch näher an China heranführen, schreibt das Handelsblatt.

Deutschland, Italien und Polen sind laut Trade Data Monitor die drei größten europäischen Exporteure nach Russland.

Unter den G7-Staaten könnten vor allem Produkte wie Autos, Schokolade, Bier, Schuhe, Blumen und Make-up betroffen sein.

[Ukrainekrieg: USA drängen offenbar auf fast vollständiges Russland-Embargo \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

[Zwischen Abhängigkeit und Sanktionsforderung: Europas schwieriges Verhältnis zu Russlands Staatskonzern Rosatom \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de)

[Kommission legt 11. Sanktionspaket gegen Russland vor • Europe.Table](#)

Resolution des EU-Parlaments für neue Personensanktionen

Das Europäische Parlament hat am 20. April mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung zu den Fällen von Wladimir Kara-Murza, Aleksej Navalny, Ilja Jaschin, Alexej Gorinow und anderen in Russland verabschiedet. Darin wird die EU aufgefordert, die Verantwortlichen für die Inhaftierung der beiden Oppositionellen zu sanktionieren. Es geht dabei insbesondere um russische Richter, Staatsanwälte und andere Personen, die für willkürliche Verfolgungen, Inhaftierungen und Folter im Zusammenhang mit politisch motivierten Prozessen verantwortlich sind.

Nach der jüngsten Verurteilung des russisch-britischen Journalisten Wladimir Kara-Murza zu 25 Jahren Haft, weil er das Regime von Wladimir Putin kritisiert hat, verurteilen die Abgeordneten diese politisch motivierte Verurteilung scharf und fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung. Die gleiche Forderung stellen sie für den russischen Oppositionsaktivisten und Sacharow-Preisträger von 2021, Alexej Nawalny, der weiterhin

in einer Strafkolonie inhaftiert ist, sowie für alle anderen politischen Gefangenen in Russland.

Die Abgeordneten stellten fest, dass sich der Gesundheitszustand von Kara-Murza und Nawalny aufgrund von Misshandlungen und fehlender medizinischer Versorgung rapide verschlechtert. Sie verurteilten die Eskalation der Menschenrechtsverletzungen durch das russische Regime und das anhaltende harte Vorgehen gegen Regierungskritiker, Menschenrechtsaktivisten und unabhängige Journalisten im Land. Die Abgeordneten fordern den UN-Menschenrechtsrat auf, die unmenschlichen Inhaftierungen, Folterungen und Morde an politischen Gegnern in Russland unverzüglich zu untersuchen.

Darüber hinaus fordern die Abgeordneten die EU-Mitgliedstaaten im Rat auf, harte Sanktionen gegen russische Richter, Staatsanwälte und andere Personen zu verhängen, die für willkürliche Verfolgungen, Inhaftierungen und Folter in politisch motivierten Prozessen verantwortlich sind. Außerdem fordern sie die EU-Länder auf, russischen Dissidenten, die von politischer Verfolgung bedroht sind, humanitäre Visa und andere Unterstützung zu gewähren.

Die Resolution wurde mit 508 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 31 Enthaltungen angenommen. Der vollständige Text ist hier abrufbar:

[Texts adopted | Plenary | European Parliament \(europa.eu\)](#)

Expertengruppe fordert Ausweitung der Russlandsanktionen

Eine internationale Expertengruppe an der amerikanischen Stanford-Universität, zu der unter anderem der frühere US-Botschafter Michael McFaul, der Ökonom Anders Aslund und Andriy Yermak, Amtschef des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gehören, empfiehlt eine Ausweitung der Russland-Sanktionen.

Im Blick haben sie dabei besonders den Energiesektor, wie der Spiele mit Hinweis auf ein neues Arbeitspapier schreibt. Dass die G7-Staaten die Preisgrenze für russisches Öl jüngst bei 60 Dollar je Fass belassen haben, betrachtet demnach die Expertengruppe als Fehler. Es sei möglich, die Marke „sofort auf 45 Dollar zu senken“, so ihr Bericht. Zugleich fordern sie hohe Steuern für westliche Öl- und Gasfirmen, die weiter in Russland tätig sind. Die Einnahmen sollen den geplanten Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg finanzieren helfen.

Kiewer Schätzungen nach liegen die russischen Förderkosten aktuell bei etwa 30 US-Dollar, berichtet die Deutsche Presseagentur. Am 25.4. wurde Urals-Öl in Moskau mit über 60 US-Dollar gehandelt. Moskau hatte erklärt, nicht unter dem Marktpreis verkaufen zu wollen.

Im Rahmen eines Energieembargos der EU solle russisches Erdgas nur noch über das Territorium der Ukraine in die Unionsstaaten geliefert werden. Aktuell importieren EU-Staaten russisches Erdgas auch auf dem Seeweg als Flüssiggas und durch Pipelines im

Schwarzen Meer über die Türkei. Kiew verlangt auch von ostasiatischen Staaten wie Südkorea, Japan und Taiwan den Import von russischem Flüssiggas einzustellen.

Die Ukraine kritisiert, dass für die russische Rüstungsindustrie wichtige Halbleiter über Drittstaaten weiter nach Russland gelangen. Der Export habe sich allein über China 2022 mehr als verdoppelt. Kiew fordert daher Strafmaßnahmen gegen Firmen, die Exportverbote umgehen.

In dem Papier wird auch die Setzung einer Frist für das Verlassen des russischen Marktes für westliche Banken gefordert. Namentlich genannt wurden dabei die Raiffeisenbank aus Österreich, Italiens UniCredit und Ungarns OTP. Unzufrieden ist Kiew auch mit Finanzplätzen in Drittstaaten über die russische Banken existierende Sanktionen umgehen können. Genannt wurden dabei Dubai, Singapur und Hongkong.

Ein Embargo ohne Ausnahmen verlangt das Gremium zudem für russische Stahlprodukte und Diamanten. Westliche Rechenzentren und Datenfirmen in dem Land müssten abgeklemmt, weitere Banken blockiert werden. Die Sanktionen gegen russische Oligarchen, Topbeamte und Politiker sollten ausgeweitet, ihre westlichen Vermögen konfisziert und in einen Fonds zum ukrainischen Wiederaufbau und zur Entschädigung der Kriegsoffer überführt werden. „Ziel der Maßnahmen ist das Ende der russischen Invasion und die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine“, sagte Selenskyj-Berater Yermak.

Hier der Bericht der Expertengruppe:

[Microsoft Word - SanctionsWorkingGroup - Action Plan 2.0.docx \(amazonaws.com\)](#)

Dazu der Spiegel-Bericht (kostenpflichtig):

[Russland: Expertengruppe fordert wirksamere Sanktionen - DER SPIEGEL](#)

Sanktionsumgehung über Drittstaaten – Berichte und Vermutungen

Eine Untersuchung der Recherchegruppe Conflict Armament Research (CAR) habe gezeigt, dass in russischen Raketen und Waffensystemen auch Komponenten westlicher Bauart zu finden sind. Dies berichtet die Frankfurter Rundschau unter Berufung auf die New York Times. Demnach sollen sich Beamte aus den USA und der EU bereits darüber ausgetauscht haben, dass Technologie im Wert von mehreren Millionen Dollar nach Russland gelangt sei - trotz der verhängten Sanktionen. Computerchips und andere kriegsrelevante Bauteile sollen über Drittstaaten nach Russland verkauft worden sein. Unter anderem über Armenien und Kasachstan sollen die sanktionierten Produkte in die Hände von Moskau gelangt sein, so die New York Times.

Armenien soll im Jahr 2022 rund 515 Prozent mehr Chips und Prozessoren aus den USA und 212 Prozent mehr aus der EU importiert haben als im Jahr 2021. 97 Prozent davon sollen anschließend nach Russland exportiert worden sein. Das soll aus einem Papier der US-amerikanischen Sicherheitsbehörde für Hochtechnologie hervorgehen, wie die New York Times schreibt.

Aus einem Bericht des Recherchezentrums Conflict Armament Research (CAR) geht hervor, dass Russland bereits Waffen mit Komponenten herstellt, die nach dem Angriff auf die Ukraine gebaut wurden.

[Trotz Ukraine-Krieg - Westliche Waffentechnologie erreicht Putins Armee \(fr.de\)](#)

Auch der Spiegel greift in einem Online-Beitrag den Verdacht auf Sanktionsumgehung über Drittstaaten auf. Die stark angestiegenen Handelszahlen legten demnach den Verdacht nahe, doch die Beweisführung sei schwierig, dass es sich tatsächlich um deutsche Waren handelt, die über Drittstaaten weiterverkauft würden, räumt der Spiegel ein.

„Sowohl Armenien als auch Kasachstan gehören der von Moskau geführten Eurasischen Zoll- und Wirtschaftsunion an. Ähnlich wie innerhalb der EU gibt es in dem Verbund nur noch eingeschränkte Zollkontrollen an den Grenzen. Deutsche Wirtschaftsvertreter verweisen darauf, dass der Handelsboom auch durch andere Faktoren erklärbar sei. Kasachstan und Armenien seien im vergangenen Jahr kräftig gewachsen, schon deshalb müssten Deutschlands Ausfuhren in die Region steigen.

Hinzu komme ein logistischer Effekt: Viele deutsche Firmen hätten vor der Invasion Russland als Vertriebsknotenpunkt genutzt – und etwa von Moskau aus Kunden in Eriwan und Astana beliefert. Weil das aufgrund der Sanktionen nicht mehr möglich sei, werde direkt in die Länder geliefert. Dort steige zudem die Zahl der potenziellen Kunden, durch die vielen Flüchtlinge aus Russland.

Doch reicht das als Erklärung aus? Deutsche Maschinenbauer weiteten ihr Kasachstan-Geschäft erheblich aus: Ihre Exporteinnahmen lagen zuletzt 297 Prozent über dem Mittelwert vergangener Jahre. Das Plus bei Kraftfahrzeugen beläuft sich auf 778 Prozent, bei optischen Erzeugnissen sind es 242 Prozent. Auffallend auch ist der deutliche Anstieg beim Export von bestimmten Schlüsselgütern in die Region, Motoren etwa (siehe Grafik). Dem gegenüber steht ein kasachisches Wirtschaftswachstum von eher bescheidenen 3,2 Prozent im vergangenen Jahr. Und selbst die zusätzliche Nachfrage von einigen Zehntausend zugewanderten russischen IT-Fachkräften kann die plötzlichen Exportexplosionen nicht erklären.“

Am Ende seines Beitrags kommt der Spiegel zu dem Schluss, dass es im Vergleich zur Türkei bei Staaten wie Armenien und Kasachstan um relativ überschaubare Mengen gehe.

„Denn während Staaten wie Kasachstan oder Armenien mengenmäßig überschaubar ins Gewicht fallen, schlägt ein anderer Staat systematisch mächtige Breschen in die westlichen Sanktionen. Die Türkei, Mitglied im Militärbündnis, hat ihre Exporte nach Russland im vergangenen Jahr auf 9,3 Milliarden Dollar erhöht, ein Plus von 3,7 Milliarden Dollar.“

[Russland-Sanktionen: Der verdächtige Boom bei deutschen Exporteuren - DER SPIEGEL](#)

EU überlegt Anlage eingefrorener russischer Gelder

Die eingefrorenen Reserven der russischen Zentralbank dürfen nicht enteignet werden, schreibt die Europäische Kommission in einem internen Dokument, aus dem die Zeitung „Die Welt“ zitiert. Es sei aber zulässig, die Mittel etwa in europäische Staatsanleihen zu investieren. Die Kommission wolle den Mitgliedstaaten daher vorschlagen, die voraussichtlichen Erträge in Höhe von jährlich 2,6 Prozent der Ukraine zur Verfügung zu stellen, so der Bericht. Allerdings sei noch unklar, wo in Europa die eingefrorenen Mittel in Höhe von etwa 300 Milliarden Euro angelegt seien.

Die EU-Kommission hat unterdessen nach Informationen von DowJones Forderungen bekräftigt, Russland für die Kriegsschäden in der Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen. Das Prinzip laute, dass „der Aggressor bezahlen muss“, sagte Kommissionsvize Valdis Dombrovskis dem Handelsblatt. „Russland als Aggressorstaat ist völkerrechtlich zu Reparationszahlungen an die Ukraine verpflichtet.“ Die Kommission lasse daher juristisch prüfen, inwiefern es möglich sei, eingefrorenes russisches Vermögen einzuziehen, „einschließlich der Zentralbankreserven“, sagte der Lette. Nach Schätzung der Weltbank wird der Wiederaufbau der Ukraine 411 Mrd Dollar kosten. Zugleich kritisierte Dombrovskis, dass die EU-Staaten bei der Sanktionierung des russischen Energiesektors im vergangenen Jahr zu zögerlich vorgegangen seien: „Wenn wir die Energiesanktionen schneller verhängt hätten, würden wir schon jetzt stärkere Auswirkungen sehen.“

Österreicher bleiben in Russland

Über ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist die überwiegende Mehrheit der österreichischen Unternehmen in Russland aktiv, berichtet das ORF-Wirtschaftsmagazin „ECO“ laut einer Meldung der österreichischen Nachrichtenagentur APA. ECO bezog sich auf Listen der Universität Yale, der Kyiv School of Economics und der Universität St. Gallen und kontaktierte alle verzeichneten österreichischen Firmen. Von 59 Unternehmen sind demnach 41 nach wie vor in Russland aktiv, wenn auch teilweise in reduziertem Ausmaß. Drei Unternehmen haben Russland mittlerweile komplett verlassen, 13 ziehen sich aktuell zurück oder haben ihr Geschäft stillgelegt. Zwei Firmen, die in den Listen der Universitäten auftauchen, gaben laut „ECO“ an, nie in Russland aktiv gewesen zu sein. Auch die von der Nationalbank berechneten Investitionsbestände österreichischer Unternehmen in Russland zeigen, dass österreichische Unternehmen seit Kriegsbeginn kaum Investments aus Russland abgezogen haben. Demnach betrug der Gesamtwert der Investitionen in Russland 2021 noch 6,3 Milliarden Euro und sank auf 6 Milliarden Euro per Ende 2022, ein Rückgang um 5 Prozent. „Das deutet darauf hin, dass tatsächlich die Informationen stimmen, wonach nur wenige österreichische Unternehmen sich vollständig aus Russland zurückgezogen haben“, so Mario Holzner, Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche, zu „ECO“.

Bank in Dubai geht gegen russische Kunden vor

Die zweitgrößte Bank der Vereinigten Arabischen Emirate, die in Dubai ansässige ENBD, hat laut einer Meldung von Forbes Russland die Mittel ihrer russischen Kunden praktisch eingefroren. Sie seien auf Sonderkonten überführt worden, auf die auch sämtliche Kapitalerträge verbucht würden. Überweisungen auf andere Konten seien nicht möglich, der Verkauf von Wertpapieren sei erschwert worden, so der Bericht. Betroffen seien selbst russische Staatsbürger mit Wohnsitz in den Emiraten, Ausnahmen gebe es nur für Kunden mit Sitz in der EU, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz. Die Bank soll den Schritt mit Forderungen der EU begründet haben. Offenbar handelt es sich dabei um Anweisungen der größten europäischen Zentralverwahrer Euroclear und Clearstream. Laut einem Insider überführten im vergangenen Jahr zahlreiche russische Anleger ihre in Europa eingefrorenen Mittel auf Konten der ENBD.

[Второй крупнейший банк Дубая ENBD начал блокировать инвестиционные счета россиян | Forbes.ru](#)

Ölpreisdeckel soll bei 60 Dollar bleiben

Die Koalition der G7 wird die Preisobergrenze von 60 Dollar pro Barrel für russisches Erdöl auf dem Seeweg beibehalten, so ein Beamter der Koalition, trotz der weltweit steigenden Rohölpreise und der Forderungen einiger Länder nach einer niedrigeren Preisobergrenze, um die Einnahmen Moskaus zu begrenzen.

Die G7 und Australien haben in den letzten Wochen nach einer Überprüfung des Preises von 60 Dollar, der im Dezember festgelegt wurde, um Moskaus Möglichkeiten zur Finanzierung seines Krieges in der Ukraine zu verringern, die Entscheidung getroffen, die Obergrenze beizubehalten, sagte der Beamte unter der Bedingung der Anonymität.

Die Koalition wird auch ihre Bemühungen verstärken, die Umgehung der Preisobergrenze und der gegen Russland verhängten Sanktionen zu bekämpfen, einschließlich des Einsatzes betrügerischer Praktiken, um Zugang zu Versicherungen und anderen Dienstleistungen der Koalition für Öl zu erhalten, das oberhalb der Obergrenze gehandelt wird.

Die Mitglieder der Koalition planen, den Dienstleistern Leitlinien an die Hand zu geben, die ihnen helfen sollen, Anzeichen für eine Umgehung des Preises zu erkennen, wie z. B. die Manipulation der Standortbestimmung von Schiffen oder das Versäumnis, Versand-, Fracht-, Zoll- und Versicherungskosten getrennt vom Öl selbst aufzuschlüsseln, sagte der Beamte.

Die Ölpreisobergrenze verbietet es Unternehmen aus den G7-Staaten und der Europäischen Union, Transport-, Versicherungs- und Finanzierungsdienstleistungen für russisches Öl und Ölprodukte anzubieten, wenn diese über der Obergrenze verkauft werden.

Der Beamte wies darauf hin, dass ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Internationalen Energiebehörde (IEA) zu dem Schluss gekommen sei, dass die G7-Sanktionen die weltweiten Lieferungen von Rohöl und Erdölzeugnissen nicht einschränkten und gleichzeitig Russlands Möglichkeiten, Exporteinnahmen zu erzielen, beschnitten hätten.

Die IEA teilte mit, dass die russischen Öleinnahmen im März im Vergleich zum Vormonat um 1 Milliarde Dollar auf 12,7 Mrd. Dollar gestiegen sind, aber immer noch 43 % unter dem Vorjahreswert liegen. Erdöl der russischen Marke Urals kostete vom 15. März bis 14. April im Schnitt 51,15 Dollar pro Barrel, teilte das russische Finanzministerium mit. Der Durchschnittspreis der Nordseemarke Brent betrug demnach 80,4 Dollar, was einen Urals-Preisabschlag von 36,5% bedeute.

[G7 coalition to keep Russian oil price cap at \\$60 per barrel | undefined \(tbsnews.net\)](#)

Weiteres Vorgehen der EU gegen die Wagner-Gruppe

Die EU hat die Wagner-Gruppe, ein in Russland ansässiges privates Militärunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, dem eine aktive Beteiligung an der russischen Aggression gegen die Ukraine nachgesagt wird, und RIA FAN, das zur Patriot Media Group gehört, auf ihre Russland-Sanktionsliste gesetzt. Die Wagner-Gruppe war bereits im Dezember 2021 auf der EU-Sanktionsliste für Menschenrechte aufgeführt worden.

[Russia's war of aggression against Ukraine: Wagner Group and RIA FAN added to the EU's sanctions list - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Die EU hat zudem die Einträge von 35 Personen auf ihrer Russland-Sanktionsliste geändert.

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Weitere EU-Sanktionen gegen russische Medien in Kraft

Ab dem 10. April 2023 unterliegen die russischen Medien RT Arabic und Sputnik Arabic den EU-Sanktionen gemäß Artikel 4g des Beschlusses 2014/512/GASP des Rates und Artikel 2f der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates. Dies ist Teil des 10.

Sanktionspakets der EU gegen Russland (siehe vorherigen Beitrag).

Durchführungsverordnung (EU) 2023/722 des Rates und Beschluss (GASP) 2023/728 des Rates. Die Maßnahmen bedeuten:

Es ist den Betreibern untersagt, Inhalte über diese Kanäle auszustrahlen oder die Ausstrahlung zu ermöglichen, zu erleichtern oder anderweitig dazu beizutragen, einschließlich der Übertragung oder Verteilung über Kabel, Satellit, IP-TV, Internetdiensteanbieter, Internet-Videoplattformen oder -anwendungen; jede Sendelizenz oder -genehmigung sowie jede Übertragungs- und Vertriebsvereinbarung mit diesen Verkaufsstellen wird ausgesetzt; und es ist verboten, in den von diesen Stellen produzierten oder ausgestrahlten Inhalten für Produkte oder Dienstleistungen zu werben.

USA sanktionieren Ungarn wegen Verbindungen nach Russland

Erstmals seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine sanktionieren die USA auch einen Verbündeten: Ungarn. Die Orban-Regierung reagiert trotzig und will ihren russlandfreundlichen Kurs fortsetzen, berichtet die Deutsche Welle

Wer dieser Tage einen Blick in die regierungsnahen Medien Ungarns wirft, fragt sich unweigerlich, wo in Europa eigentlich gerade Krieg herrscht und welches Land daran die Schuld trägt, schreibt die Deutsche Welle. Russlands Invasion der Ukraine werde als „ukrainische Krise“ bezeichnet. Als Aggressor hingegen stehen die USA da - nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Ungarn. Die Vereinigten Staaten würden Ungarns Souveränität angreifen und das Land in „einen Krieg hineinzwingen“, heißt es unisono in den Orban-Medien.

So schrille antiamerikanische Töne wie derzeit waren in Ungarn selbst in den späten Jahren der realsozialistischen Diktatur nicht mehr zu hören. Aktueller Anlass für sie ist ein antirussisches Sanktionspaket der US-Regierung, das am Mittwoch (12.04.2023) verkündet wurde, und von dem auch Ungarn betroffen ist. Betroffen von den US-Sanktionen sind die russisch-ungarische Internationale Investitionsbank (IIB) sowie deren Führungspersonal, darunter ein ungarischer Staatsbürger, der stellvertretende IIB-Chef Imre Laszloczki.

Ungarn wird damit erstmals seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ein NATO- und EU-Land sanktioniert. Denn die IIB ist nicht eine beliebige Bank, sondern eine Staatsbank, an der Ungarn rund 25 Prozent Anteile hält. Noch: Denn überraschend gab das ungarische Wirtschaftsministerium am 13. April bekannt, dass Ungarn sich aus der IIB zurückziehen wird. Damit zog die ungarische Regierung erste Konsequenzen aus den US-Sanktionen.

Ob damit ein weiterer reichender Kurswechsel Ungarns in seiner Außenpolitik verbunden ist, bleibt abzuwarten. Üblicherweise hat Ungarns Premier Viktor Orban bei Konflikten mit den USA und der EU bisher meistens kleinere Schritte zurück gemacht, doch keine grundlegenden Kursänderungen vorgenommen.

Hier der ausführliche Bericht:

[US-Sanktionen gegen Ungarn: Tiefpunkt der Beziehungen | Europa | DW | 13.04.2023](#)

Aktuelle EU-Guidelines und FAQ

Die Europäische Kommission hat ihre FAQ zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf Ausfuhrbeschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck und fortgeschrittene Technologien angepasst. Es wird damit klargestellt, dass Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates die Durchfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck, die aus der EU ausgeführt werden, durch das Hoheitsgebiet Russlands untersagt.

Zudem wurde die Entsprechungstabelle aktualisiert, in der die in Anhang VII der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 aufgeführten Güter mit den entsprechenden KN-Warencodes verknüpft sind.

[31-March-2023-EU-Commission-FAQs-Export-related-restrictions-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

[EUR-Lex - 02014R0833-20230226 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Alle bisherigen EU-Maßnahmen in der Gesamtübersicht:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

FAQ zum zehnten Sanktionspaket:

[Q&A: tenth package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Russischer Staat übernimmt Kontrolle bei Uniper und Fortum in Russland

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, hat die Regierung in Moskau befristet die Kontrolle über russischen Niederlassungen des deutschen Energieversorgers Uniper und dessen früherer finnischen Konzernmutter Fortum übernommen. Dies gehe aus einem am 25.4. von Präsident Wladimir Putin unterzeichneten Dekret hervor, das die Regierung veröffentlichte.

Fortum sagte dazu laut Reuters, dass es die Situation für seine russischen Aktivitäten „untersucht“. „Fortum geht derzeit davon aus, dass das neue Dekret keine Auswirkungen auf den Titel (eingetragenes Eigentum) der Vermögenswerte und Unternehmen in Russland hat“, so das Unternehmen in einer Erklärung.

„Es bleibt jedoch unklar, wie sich dies z.B. auf die russischen Aktivitäten von Fortum oder den laufenden Veräußerungsprozess auswirkt“, fügte es hinzu.

Fortum und seine ehemalige Tochtergesellschaft, die deutsche Uniper, wurden mit dem Dekret zur Zielscheibe einer neuen russischen Gesetzgebung, die es dem Land erlaubt, ausländische Vermögenswerte aus Ländern zu übernehmen, die als „unfreundlich und völkerrechtswidrig“ gelten. Der Buchwert der Vermögenswerte belief sich zum Zeitpunkt der Übernahme auf 1,7 Milliarden Euro (1,87 Milliarden Dollar).

[Fortum says 'investigating' news of Russian asset seizure | Reuters](#)

Das Original-Dekret auf Russisch finden Sie hier:

[Указ Президента Российской Федерации от 25.04.2023 № 302 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Neuregelungen in Russland

Die Kanzlei RSP International informiert in einem Blog fortlaufend über aktuelle Neuregelungen russischer Bestimmungen. Die Themenübersicht finden Sie auf dieser Seite:

[Blog | rsp-international](#)

Unter anderem gab es diese neuen Bestimmungen:

Antisanktionsmaßnahmen und Dividenden: Das russische Finanzministerium will die Strafen für die Nichteinhaltung der russischen Gegensanktionen verschärfen. Darüber

hinaus wurden Kriterien erläutert hinsichtlich der 50 Prozent Nettogewinnsgrenze bei Dividendenausschüttungen an ausländische Anteilseigner „unfreundlicher“ Staaten.

Liste der erlaubten Parallelimporte aktualisiert: Die Liste der im Ausland hergestellten Waren, die ohne Erlaubnis der Rechteinhaber nach Russland eingeführt werden dürfen, wurde aktualisiert. Sie umfasst nun auch eine Reihe von Marken von Motorölen, Transportfahrzeugen und deren Ersatzteile. Einige Marken sind von der Liste gestrichen worden.

Verlängerung devisenrechtlicher Beschränkungen: Die Russische Zentralbank verlängerte ab dem 1. April 2023 für weitere sechs Monate die Beschränkungen für die Überweisung von Geldmitteln durch Nichtresidenten aus „unfreundlichen“ Ländern ins Ausland sowie das Verbot des Verkaufs von Wertpapieren von Emittenten aus „unfreundlichen“ Ländern an nicht qualifizierte Anleger.

Exodus westlicher Unternehmen füllt dem russischen Staat die Kassen

Russland hat laut einem Artikel des russischen Wirtschaftsportals RBC bisher umgerechnet über 220 Millionen Euro durch sogenannte „freiwilligen Zahlungen“ eingenommen, die der Staat beim Rückzug ausländischer Unternehmen einfordert. Im Haushalt sind die Zahlungen als „unentgeltliche Einnahmen von nichtstaatlichen Organisationen“ gelistet, berichtet RBC. Die „freiwilligen Zahlungen“ sind eine der Bedingungen für die Zustimmung der russischen Regierung zum Verkauf von Anteilen westlicher Unternehmen in Russland. Bis März 2023 verlangte die Regierung 10 Prozent des faktischen Verkaufspreises, inzwischen sind es 5 Prozent des Marktwertes der Unternehmensanteile, was letztlich einer Abgabenerhöhung entspricht, da ausländische Assets nur mit einem Abschlag von mindestens 50 Prozent vom Marktwert veräußert werden dürfen.

[Государство собрало с бизнеса «безвозмездно» \\$20 млрд — РБК \(rbc.ru\)](#)

Sanktionen gegen Kanada

Als Reaktion auf die von Kanada verhängten „antirussischen Sanktionen“ hat das russische Außenministerium die Verhängung von Sanktionen gegen 333 kanadische Bürger angekündigt, darunter Generalgouverneurin Mary Simon, Mitglieder regionaler gesetzgebender Versammlungen und kanadische Sportler, die sich öffentlich für ein Verbot der Teilnahme russischer Sportler an den Olympischen Spielen 2024 ausgesprochen haben sollen. Den betroffenen Personen wird die Einreise nach Russland untersagt. Eine Liste aller 1537 kanadischen Bürger, gegen die Russland Sanktionen verhängt hat, finden Sie hier:

[Канада - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Russisches Rohöl geht fast ausschließlich an China und Indien

Russland verkaufte sein Erdöl im März nach Informationen der Zeitung Wedomosti fast ausschließlich an zwei Länder: Vom gesamten Export in Höhe von durchschnittlich 3,38 Millionen Barrel pro Tag gingen 1,65 Millionen an China und 1,43 Millionen an Indien. Beide nahmen somit 91 Prozent der russischen Ölexporte ab. Das berichtet die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu mit Verweis auf Daten des Energieanalysten Vortexa. Die Türkei importierte nur noch 60.000 Barrel russisches Öl pro Tag. Im Februar waren es 243.000 Barrel.

Russland hat im März so viel Ölprodukte per Schiff exportiert wie noch nie, belegen Daten des Branchendienstes Kpler, schreibt Wedomosti. Mit im Schnitt 3,13 Millionen Barrel pro Tag wurde der bisherige Rekord von 3,10 Millionen aus dem Februar 2022 eingestellt. Tatsächlich waren die russischen Exporte im Februar auf 2,56 Mio. t pro Tag eingebrochen. Experten machten dafür Stürme über dem Schwarzen Meer verantwortlich, die den Schiffsverkehr aus Russland in Richtung Türkei zum Erliegen brachten. Zum März-Rekord dürften daher auch Nachholeffekte beigetragen haben.

[Россия в марте поставила за рубеж рекордный объем нефтепродуктов - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

[Россия в марте поставила за рубеж рекордный объем нефтепродуктов - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

Probleme in Russlands Schiffsbauindustrie wegen Sanktionen

Der russischen Werft United Shipbuilding Corp (USC) gehen nach Informationen von n-tv wichtige Maschinenteile aus. Dadurch sei auch die Produktion von Tankern und Hochseeschiffen gefährdet, die Russland für den Transport von Öl und Fracht benötigt. Kurz nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hatten die USA und Europa Sanktionen und Ausfuhrkontrollen gegen das Land verhängt, die den Import etwa von Motorenteilen, Propellern und Kraftstoffpumpen erschwerten.

USC und Zvezda Shipbuilding Complex, ein weiteres staatliches Unternehmen, sind die beiden größten Werften Russlands, gemessen an den Aufträgen. Sie stellen eine Reihe von Schiffen her, von atomgetriebenen U-Booten und Fregatten der Marine bis zu eisbrechenden Tankern und Passagierschiffen.

[Der Börsen-Tag: Sanktionen setzen russischer Werft zu - Zulieferteile gehen aus - n-tv.de](https://www.n-tv.de)

5. USA

US-Empfehlungen zur Vermeidung von Sanktionsumgehungen

Am 21. April fand im Haus der Deutschen Wirtschaft ein Treffen mit Brain Nelson, Unterstaatssekretär des US-Finanzministeriums für Terrorismus und Financial Intelligence, statt, das der Ost-Ausschuss und der BDI gemeinsam organisierten und an dem auf deutscher Seite auch Vertreterinnen und Vertreter namhafter Unternehmen teilnahmen. Bei dem Dialog, der von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms moderiert wurde, ging es unter anderem um einen Austausch über die Wirkung der westlichen Sanktionen gegen Russland und das Problem der Umgehung russischer Sanktionen über Drittländer. Nelson übergab dabei eine Unterlage des US-Finanzministeriums mit Vorschlägen zur Vermeidung von Sanktionsumgehungen insbesondere bei militärisch wichtigen Gütern, die wir hier auszugsweise in deutscher Übersetzung veröffentlichen:

Internationale Sanktionen und Exportkontrollen schränken Russlands Zugang zu fortschrittlicher Technologie und zum westlichen Finanzsystem ein und behindern die Fähigkeit der russischen Rüstungsindustrie, Güter zu produzieren und zu beschaffen, die sie für ihre Operationen in der Ukraine benötigt. Wir haben festgestellt, dass Russland bei der Beschaffung von Gütern speziell auf Umgehungsmethoden zurückgreift, darunter die folgenden:

Elektronische Komponenten:

- Prozessoren und Steuergeräte (z. B. HS-Code 854231)
- Datenverarbeitungseinheiten (z. B. HS-Code 847150)
- Verstärker (z.B., HS-Code 854233)
- Feldprogrammierbare Gate-Arrays (FGPAs) (z. B. HS-Code 854239)
- Videokamerarekorder (z. B. HS-Code 852589)
- Wandler auf Halbleiterbasis (z. B. HS-Code 854151)
- Funk-Navigationshilfsgeräte (z. B. HS-Code 852691)

Optik:

- Wärmebildkomponenten (z. B. HS-Code 902750)
- Oszillatoren (z. B., HS-Code 854160)
- Laser (z. B., HS-Code 901310)
- Oszilloskope (z. B., HS-Code 903082)

Herstellungsausrüstung:

- Maschinen für die Herstellung elektronischer integrierter Schaltungen (z. B. HS-Code 848620)
- Signalgeneratoren (z. B. HS-Code 854320)
- Maschinen zum Messen oder Prüfen von Spannung und Leistung (z. B. HS-Code 903031)

Russische Beschaffungsnetzwerke lassen sich häufig durch eine sorgfältige Prüfung der Kunden und durch „Know your customer“-Prozesse identifizieren. Im Folgenden werden einige potenzielle Warnhinweise genannt, auf die Finanzinstitute achten sollten:

- *Vorsätzliche Verschleierung von Verbindungen zu Russland durch Fälschung von Verträgen, Frachtbriefen usw.;*
- *Fehlen oder Weigerung, Banken, Verladern oder anderen Dritten Einzelheiten mitzuteilen, einschließlich Endnutzer, beabsichtigte Endnutzung, Informationen über die Eigentumsverhältnisse des Unternehmens;*
- *Angebote von Unternehmen ohne Erfolgsbilanz und mit geringer oder gar keiner Internetpräsenz;*
- *Ungewöhnliche oder atypische Zahlungsbedingungen und -methoden, wie z. B. hohe Barzahlungen oder die Weiterleitung von Zahlungen über Drittländer, die sonst nicht an der Transaktion beteiligt sind;*
- *In Kombination mit anderen Typologien: Käufe von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck oder Gütern mit Beschränkungen in großem Umfang;*
- *Widersprüchliche oder atypische Informationen, d. h. Käufe von Waren, die für den angegebenen Endverwendungszweck zu weit fortgeschritten sind;*
- *Häufige oder kurzfristige Änderungen der Endverbraucher oder Zahlungsempfänger, wie z. B. die Umleitung von Waren in Drittländer, die nur begrenzte Beschränkungen für Reexporte nach Russland haben;*
- *Mehrere Angebote oder Sendungen identischer Produkte von verschiedenen Versendern für denselben Endverbraucher;*
- *Unternehmen mit Sitz in Umschlagländern, die in der Elektronik- oder Maschinenbranche tätig sind, insbesondere wenn sie neu gegründet wurden oder über Niederlassungen in Russland verfügen;*
- *Transaktionen und Sendungen, an denen Speditionsunternehmen beteiligt sind, die auch als Endverbraucher des Produkts aufgeführt sind; und*
- *Ausschreibungen, Lieferungen oder Transaktionen, an denen Unternehmen beteiligt sind, die Verbindungen zu russischen Unternehmen oder Personen haben, auch wenn sie auf ihren Websites oder in Broschüren damit werben.*

USA erhöhen Druck auf Kasachstan

Vom Mercedes-Maybach bis zur Coca-Cola-Büchse: Über Drittländer kommen immer noch sanktionierte Luxus- wie auch Alltagsgüter nach Russland. Insbesondere durch das zentralasiatische Kasachstan – das neuntgrößte Land der Erde – sollen westliche Waren ins Landesinnere der Russischen Föderation in Form von sogenannten Parallel-Importen gelangen, schreibt die Berliner Zeitung. Eine amerikanische Beamtin drohe Astana deshalb mit Konsequenzen.

„Wir müssen die Tatsache sehr ernst nehmen, dass Russland sich sehr bemüht, Sanktionen zu umgehen“, sagte Elizabeth Rosenberg am 25.4. auf einer Pressekonferenz in Astana und bemängelte, dass die Russen dabei „ziemlich erfolgreich waren“. Die stellvertretende Sekretärin für Terrorismusfinanzierung und Finanzkriminalität im Finanzministerium der USA tourt nach Informationen der Berliner Zeitung derzeit durch Zentralasien und kritisiert den stark angestiegenen Export nach Russland. Demnach drohen sowohl der Regierung in Astana als auch kasachischen Unternehmen und Banken sogenannte Sekundärsanktionen, also Sanktionen gegen Länder, die Russland bei der Umgehung der Sanktionen helfen.

Laut der Beamtin sollte Kasachstan die Sanktionsumgehung Moskaus erst nehmen sowie die Tatsache, dass der zentralasiatische Staat dafür ausgenutzt wird. Kasachstan besitzt im Norden eine über 7000 Kilometer lange Landgrenze zu Russland: die weltweit längste zusammenhängende Grenze der Erde. Rosenberg fügte hinzu, dass die amerikanische Regierung potenzielle Folgen der Umgehung der Russland-Sanktionen der kasachischen Regierung mitgeteilt habe. Damit ist wohl auch die Verhängung von Sekundärsanktionen gemeint.

Zudem habe Matthew Axelrod, ein ranghoher Beamter im amerikanischen Handelsministerium, das Gespräch mit der Regierung in Astana gesucht. „Wir sprechen über eine Liste von Waren, die uns die größte Sorge bereiten“, sagte Axelrod auf der Pressekonferenz in Astana. Washington konzentrierte sich auf Waren wie Computerchips oder Elemente, die in elektronischen Systemen verwendet werden: Beispielsweise für russische Militärtechnik, die im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt werden könne.

„Wir sprechen nicht über iPhones, nicht über Waschmaschinen, sondern über bestimmte Elemente der Computertechnologie, die der Stromversorgung sowie der Navigation von Flugkörpern und Drohnen dienen“, so Axelrod. Kasachstan sei jedoch nicht das einzige Land der Region, das für die Umgehung von Sanktionen von Moskau „ausgenutzt“ werde. In den kommenden Tagen wolle eine Delegation aus Washington noch ins kirgisische Bischkek reisen und ähnliche Forderungen stellen.

US-Druck auch auf Türkei

Die USA werden die Handelsdaten der Monate März und April zwischen der Türkei und Russland daraufhin überprüfen, ob die Zusage Ankaras, die Durchfuhr sanktionierter westlicher Waren an russische Importeure zu stoppen, Auswirkungen hat. Dies erklärte laut Informationen von bne IntelliNews ein hochrangiger US-Beamter am 7. April.

James O'Brien, Leiter des Büros für die Koordinierung von Sanktionen des US-Außenministeriums, sagte gegenüber Reuters, dass türkische Beamte gegenüber verschiedenen Regierungen und Behörden „sehr deutlich“ gemacht hätten, dass sie ein Verbot der Wiederausfuhr sanktionierter Waren nach Russland eingeführt hätten, obwohl Washington die Auswirkungen dieser Änderung noch nicht sehen könne.

„Es wird einige Zeit dauern, bis wir es sehen, aber wir werden die Handelsdaten von März und April sehen und wir werden erwarten, dass dieser Handel dramatisch zurückgeht“, sagte O'Brien und fügte hinzu: „Es sind die Zahlen. Das ist alles, was mich interessiert.“ „Wir machen deutlich, dass dies eine sehr hohe Priorität für die G7 ist - Russland verwendet diese Waren zur Herstellung von Waffen“, sagte O'Brien.

Die türkische Regierung übergab den Unternehmen eine Liste verbotener ausländischer Waren und wies die Firmen an, diese Waren ab dem 1. März nicht mehr nach Russland zu liefern, teilte der Verband der Istanbul Exporteure von Eisen- und Nichteisenmetallen letzten Monat mit. Russland, das seine Exporte trotz der Sanktionen ausbauen will, hat lokalen Medienberichten zufolge damit begonnen, Waren über Abchasien, eine selbsternannte Republik in Georgien unter russischer Kontrolle, in die Türkei zu liefern. In der Presse wird spekuliert, dass es sich bei diesem Handel teilweise um einen weiteren

Versuch Russlands handeln könnte, internationale Sanktionen durch Reexporte in Drittländer zu umgehen.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des staatlichen abchasischen Zollkomitees, Alias Labakhua, bestätigte, dass eine Lokomotive mit 62 Containern in Abchasien eingetroffen sei und für die Türkei bestimmt sei. Laut Labahua sollte der Zug dann mit einer anderen Ladung nach Russland zurückkehren. Die georgische Regierung hat sich bisher noch nicht zu der Durchfuhr von Gütern über Abchasien in die Türkei geäußert.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Großbritannien weitete seine Wirtschaftssanktionen gegen Russland nochmals aus. Die „UK Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) Regulations 2023“ wurden dem Parlament vorgelegt.

Diese beinhalten ein Verbot von Ausfuhr, Lieferung und Bereitstellung einer Reihe von Gütern, die Russland nachweislich auf dem Schlachtfeld einsetzt, sowie die Erbringung damit zusammenhängender Hilfsdienste an oder zur Verwendung in Russland. Dazu gehören Flugzeug- und Fahrzeugteile, Funkgeräte und andere elektronische Geräte, Biotechnologie und 3D-Druckmaschinen.

Folgende Waren wurden in die Listen aufgenommen:

2A (kritische Industriegüter und kritische Industrietechnologie);

2E (Waren und Technologien für Quantencomputer und fortgeschrittene Werkstoffe);

3C (Verteidigungs- und Sicherheitsgüter sowie Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie);

3E (G7-Abhängigkeit und weitere Güter); und

3I (gefährdete Güter Russlands) der Verordnungen von 2019.

Sanktioniert werden zudem die Einfuhr und der Erwerb zusätzlicher Güter mit Ursprung in oder versandt aus Russland, die Russland Einnahmen verschaffen, sowie die Erbringung damit verbundener Nebenleistungen. Diese Waren sind in den entsprechenden Teilen der Anhänge aufgeführt:

3B (Eisen- und Stahlerzeugnisse); und

3D und ein neues 3DA (Einnahmen schaffende Güter).

Sanktioniert wird zudem die Lieferung bestimmter Güter aus Russland in Drittländer (siehe Liste 3DA).

Güter, die einen wichtigen humanitären oder zivilen Nutzen haben, wie bestimmte landwirtschaftliche und energiebezogene Güter, fallen nicht unter dieses neue Verbot. Die Einfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen, die in einem Drittland verarbeitet wurden und ein oder mehrere Eisen- oder Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Russland enthalten, sowie die Erbringung damit verbundener Nebendienstleistungen.

Das letztgenannte Verbot für Eisen- und Stahlerzeugnisse wird am 30. September 2023 in Kraft treten. Die anderen Maßnahmen sind am 21. April 2023 in Kraft getreten.

[The Russia \(Sanctions\) \(EU Exit\) \(Amendment\) Regulations 2023 \(legislation.gov.uk\)](#)

[NTE 2023/07: sanctions against Russia introduced in April 2023 - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Sanktionen zum Fall Kara-Murza

Das Vereinigte Königreich hat fünf Personen benannt, die mit der Vergiftung und Verhaftung des russischen Oppositionspolitikers und Journalisten und britischen Staatsbürgers Wladimir Kara-Murza in Verbindung stehen sollen. Am 17.4. wurde Wladimir Kara-Murza von einem russischen Gericht zu 25 Jahren Haft verurteilt, unter anderem wegen Hochverrats und Verbreitung „wissentlich falscher Informationen“ über die russischen Streitkräfte.

Das Vereinigte Königreich hat seine Russland-Sanktionsliste erweitert:

- Andrey Andreevich Zadachin, ein Ermittler im Verfahren gegen Herrn Kara-Murza;
- Denis Wladimirowitsch Kolesnikow, Generalleutnant und Leiter der Ermittlungsabteilung des russischen Ermittlungskomitees, der einen Beschluss zur Beantragung der Verhaftung von Herrn Kara-Murza genehmigt hat, und
- Elena Anatolievna Lenskaya, Richterin am Basmany-Gericht in Moskau, die dem Antrag auf Verhaftung von Herrn Kara-Murza stattgab.

Das Vereinigte Königreich hat seine Liste der Menschenrechtssanktionen um folgende Personen erweitert:

Die FSB-Agenten Konstantin Borissowitsch Kudrjanzew und Alexander Samofal, die zu dem Operationsteam gehört haben sollen, das Herrn Kara-Murza vor seiner Vergiftung 2015 und 2017 beschattet hat.

[UK sanctions FSB agents and Russian investigators behind arrest of British-Russian national Vladimir Kara-Murza - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Leitfaden für Einfuhrverbot russischen Erdöls verschärft

Das Ministerium für Wirtschaft und Handel hat seine Leitlinien zum britischen Verbot der Einfuhr, des Erwerbs, der Lieferung und des Transports von russischem Erdöl und

Die Verordnungen zur Änderung der Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Weißrussland) wurden ebenfalls geändert, um größere Rechtsklarheit in Bezug auf das Verbot des Handels mit Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten sowie der Fremdfinanzierung zu schaffen.

[Special Economic Measures \(Belarus\) Regulations \(justice.gc.ca\)](https://justice.gc.ca)

Norwegen

Norwegen weist 15 russische Diplomaten aus

Norwegen wird 15 russische Diplomaten ausweisen. Das gab die Außenministerin Anniken Huitfeldt am 13. April laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung auf einer Pressekonferenz bekannt. Huitfeldt sagte, es habe sich bei den 15 Russinnen und Russen um Geheimdienstoffiziere gehandelt, die „unter diplomatischer Tarnung gearbeitet“ hätten und deshalb unverzüglich das Land verlassen sollen. „Ihre Aktivitäten stellen eine Bedrohung der norwegischen Interessen dar und sind mit ihrem Status als Diplomaten völlig unvereinbar.“ Bislang hatte Russland in Norwegen insgesamt 40 Diplomaten beschäftigt; es gibt eine Botschaft in Oslo und Generalkonsulate im nordnorwegischen Grenzort Kirkenes und Barentsburg auf Spitzbergen.

Außenministerin Huitfeldt nannte Russland in der Pressekonferenz zwar einen "unberechenbaren Nachbarn", betonte aber, dass man weiterhin an der Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zu Russland interessiert sei. Russland habe keinen Grund, gegen Norwegen vorzugehen.

Ukraine

Internationale Banken berücksichtigen Ukraine-Sanktionen gegen Russland

Die ukrainischen Sanktionen gegen Russland gehen weit über die durch die EU oder die USA eingeführten Sanktionen hinaus, bislang spielten ukrainische Listen im internationalen Geschäftsverkehr aber keine besondere Rolle. Dies scheint sich inzwischen zu ändern. Russische Unternehmen berichten laut Informationen des russischen Wirtschaftsportals Vedomosti inzwischen über Probleme im internationalen Zahlungsverkehr, weil sie sich auf Sanktionslisten der Ukraine befinden. Betroffen seien vor allem IT-Unternehmen. So habe die in London ansässige Großbank HSBC Überweisungen von russischen Firmen an ausländische Vertragspartner verweigert und dabei auf ukrainische Sanktionen von Mitte April verwiesen. Unternehmensdatenbanken etwa von Dow Jones kennzeichnen sanktionierte Unternehmen als risikobehaftet, unabhängig von der Frage, welches Land die Sanktionen verhängt hat, erklären Experten. Als Folge würden die Banken die Transaktionen von solchen Unternehmen ablehnen.

[HSBC заметил украинские санкции - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://vedomosti.ru)

7. Blick über den Tellerrand

China arbeitet an Ausfuhrverboten für Technologie

Einem Bericht des britischen Daily Telegraph zufolge bereitet China ein Verbot der Ausfuhr von Technologien vor, die zur Verarbeitung und Magnetisierung von Seltenerdmetallen benötigt werden, dies berichtet das Portal europeansanctions.com. Metalle der Seltenen Erden werden in der Spitzentechnologie verwendet, z. B. für Hochleistungsmagnete in Elektrofahrzeugen und Windturbinenmotoren.

Das chinesische Handelsministerium hat im vergangenen Jahr Änderungen an seinem „Katalog der verbotenen und mit Ausfuhrbeschränkungen belegten Technologien“ vorgeschlagen und diese im Dezember zur Stellungnahme veröffentlicht.

OECD-Papier

Die OECD veröffentlichte Anfang April ein Grundsatzpapier über „Raw Materials for the Green Transition: Production, International Trade and Export Restrictions“.

[Supply of critical raw materials risks jeopardising the green transition - OECD](#)

Darin heißt es, dass:

- Die OECD-Länder sind bei kritischen Rohstoffen (einschließlich Seltener Erden) stärker von Importen aus Nicht-OECD-Ländern abhängig als bei Produkten im Allgemeinen;
- die Zahl der weltweiten Ausfuhrbeschränkungen für kritische Rohstoffe im Dezember 2020 auf 13.000 gestiegen ist, was einer Verfünffachung gegenüber Januar 2009 entspricht;
- China, Indien, Argentinien, Russland, Vietnam und Kasachstan waren die sechs Länder, die im Zeitraum von 2009 bis 2020 am häufigsten Ausfuhrbeschränkungen für kritische Mineralien einführten - in dieser Zeit erhöhte China die Zahl seiner Ausfuhrbeschränkungen um das Neunfache;
- sowohl 2009 als auch 2020 hatten China, Indien, Russland, Argentinien und die Demokratische Republik Kongo die meisten Ausfuhrbeschränkungen - 2020 hatte China international die meisten Ausfuhrbeschränkungen.

Moldau-Sanktionen der EU

Die EU bereitet einen neuen Sanktionsrahmen vor, der sich gegen moldauische Oligarchen richtet, die versuchen, die pro-westliche Regierung in Chişinău zu stürzen. Dies berichtet Euractiv.

Der neue Rahmen sieht vor, dass die EU Vermögenswerte einfriert und Reiseverbote gegen diejenigen verhängt, „die die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität oder die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben oder bedrohen“, heißt es in dem von Euractiv eingesehenen Text.

Die Sanktionsliste umfasst die „Untergrabung der Abhaltung von Wahlen“ und die „Unterstützung von gewalttätigen Demonstrationen oder anderen Gewalttaten.“ Auch „schweres finanzielles Fehlverhalten in Bezug auf öffentliche Gelder“ und der „unerlaubte Export von Kapital“ aus dem Land stehen auf der Liste.

Rumänien hatte einen solchen Schritt erstmals im Februar vorgeschlagen, nachdem die moldauischen Behörden aufgrund nachrichtendienstlicher Erkenntnisse Bedenken geäußert hatten, dass Russland wahrscheinlich gewalttätige Proteste unterstützt und Saboteure im Land ausbildet.

Es wird erwartet, dass das Rahmengesetz im Laufe dieser Woche offiziell verabschiedet wird.

Sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich haben bereits Sanktionen gegen einzelne Personen verhängt, darunter zwei moldauische Oligarchen, die bereits weithin für die Korruption der politischen und wirtschaftlichen Institutionen des Landes bekannt sind.

Die Liste soll vorerst noch keine Namen enthalten, um die Verantwortlichen für solche destabilisierenden Handlungen abzuschrecken. Die EU-Mitgliedstaaten und die Republik Moldau wollen dann die Beweise zusammentragen, bevor sie die verantwortlichen Personen und Einrichtungen identifizieren. Hintergrund ist, dass die Liste, wie jeder Sanktionsrahmen, vor einem Gericht Bestand haben muss, falls sie später angefochten wird.

Obwohl nicht ausdrücklich erwähnt, werde der neue Sanktionsrahmen wahrscheinlich auf die beiden flüchtigen Oligarchen – Ilhan Schor und Wladimir Plahotniuk – abzielen, die von den moldauischen Behörden für die Unterstützung des russischen Krieges kritisiert wurden, hieß es aus EU-Diplomatenkreisen.

Schor finanziert eine pro-russische populistische Partei in Moldawien namens ŞOR, die im vergangenen Jahr zunehmend aggressive Proteste organisiert hat.

Plahotniuk und Schor werden in der Republik Moldau gesucht, nachdem sie beschuldigt wurden, fast eine Milliarde Euro von den Banken des Landes veruntreut zu haben.

[Neue EU-Sanktionen gegen russische Stellvertreter in Moldau – EURACTIV.de](#)

8. Termine

27. April: Konferenz „Ukraine - Preparing for the Future - Rechtliche und wirtschaftliche Ausblicke für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine“, Mainz

Die Welt ist im Umbruch – geopolitisch, aber auch wirtschaftlich. Die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine haben nicht nur schwere humanitäre Folgen, sondern auch tiefgreifende Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gemeinsam wollen wir einen Blick auf die wirtschaftliche Situation wagen und diskutieren, was es braucht, um einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine zu gewährleisten. Die IHK für Rheinhessen lädt dazu gemeinsam mit den IHKs Pfalz und Frankfurt, der Deutsch-Ukrainischen Auslandshandelskammer, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft und der Deutsch-Ukrainischen Juristenvereinigung zur Veranstaltung „Ukraine - Preparing for the Future - Rechtliche und wirtschaftliche Ausblicke für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine“ am 27. April 2023 von 14:00- 19:00 Uhr, IHK für Rheinhessen, Schillerplatz 7, 55116 Mainz ein. Die Veranstaltung soll Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen die Möglichkeit geben, Wissen und Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu vernetzen.

Im Fokus stehen unter anderem Einschätzungen zur wirtschaftlichen Situation, operative Hinweise zu rechtlichen und steuerrechtlichen Aspekten.

Das Programm und die Anmeldung finden Sie unter folgendem Link:

<https://ihk-event.de/ukraine-2023-04>

10. - 14. Mai: Delegationsreise nach Usbekistan - Taschkent und Samarkand

Prof. Dr. Dominik Schnichels, Leiter der Abteilung Außenwirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, plant vom 10. bis 14. Mai 2023 in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation nach Taschkent und Samarkand in Usbekistan zu reisen.

Wenn Sie Interesse daran haben, Herrn Schnichels als Mitglied der Wirtschaftsdelegation zu begleiten, bitten wir, Ihre Interessenbekundung bis zum 14. April 2023 an e.kinsbruner@oa-ev.de zu übersenden.

Bitte fügen Sie Ihrer Interessenbekundung auch folgende Informationen in deutscher Sprache bei:

- kurze Vorstellung Ihres Unternehmens (ca. ½ Seite)
- kurzer CV der vorgeschlagenen Person und die Kontaktdaten
- Informationen über Ihre konkreten Usbekistan-Projekte bzw. –Pläne.

Nach Eingang Ihrer Interessenbekundung wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz über die Zusammensetzung der Delegation entscheiden.

15. - 18. Mai: Delegationsreise nach Kasachstan - Astana

Vom 15. bis 18. Mai 2023 organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft eine Delegationsreise nach Astana, Kasachstan. In der kasachischen Hauptstadt sind hochrangige Gespräche vorgesehen. Unter anderem trifft sich der Deutsch-Kasachischen Wirtschaftsrat und der Berliner Eurasische Klub. Am 17. Mai findet eine Exportfinanzierungskonferenz statt.

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeiten:

[Delegationsreise nach Kasachstan | Astana | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

26. – 30. Juni: Delegationsreise in die Republik Moldau – Chisinau

Vom 26. bis 30. Juni 2023 organisiert der Ost-Ausschuss in Kooperation mit der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer eine Delegationsreise von Unternehmen aus Rumänien und Deutschland nach Chisinau. Die Delegation ist der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Rumänien/Deutschland und der Republik Moldau gewidmet, mit dem Ziel, Kontakte und Partnerschaften zwischen verschiedenen Unternehmen zu unterstützen. Das Programm der Delegation umfasst Unternehmensbesuche sowie B2B-Treffen mit lokalen Partnern.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich ausschließlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses.

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte bei Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa: s.kaebebein@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Wiiw-Frühjahrsprognose: Das Wiener Wirtschaftsforschungsinstitut hat seine Frühjahrsprognose für die gesamte Region Mittelosteuropa abgegeben und sieht dort eine zarte Erholung am Horizont, die Ukraine entwickle sich resilienter als gedacht, die Russlandsanktionen wirkten, allerdings langsam. Hier geht es zum vollständigen Bericht: [Sailing Through Rough Waters \(publication\) \(wiiw.ac.at\)](#)

ECFR-Sanktionsbilanz: Filip Medunic zieht in diesem Beitrag für das European Council on Foreign Relations eine gemischte Bilanz der bisherigen Sanktionen gegen Russland und empfiehlt der EU die Entwicklung einer eigenen Sanktions-Doktrin:

„Eine umfassendere Bewertung wahrscheinlich ergeben, dass die persönlichen Sanktionen keine messbaren Auswirkungen auf das Kalkül des Kremls hatten. Auf dem Schlachtfeld scheinen die Ausfuhrbeschränkungen für kritische Technologien die schwerwiegendsten Auswirkungen gehabt zu haben. Finanzsanktionen gegen russische Banken haben Transaktionen und Handel, auch für Privatpersonen, erschwert, aber sie haben Russland nicht vom Rest der Welt abgeschnitten. Und die Sanktionen haben auch Auswirkungen auf die Europäer und andere, da sie die Regierungsbehörden und Unternehmen in der EU zwingen, sich mit immer ausgefeilteren Maßnahmen zur Umgehung der Sanktionen zu befassen. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten für den Handel, und die Aussicht auf Sekundärsanktionen verschärft die Spannungen mit globalen Partnern, die sich nicht für eine Seite entscheiden wollen.“

Es besteht ein klares Risiko, dass Sanktionen sich ausbreiten, ohne wirksam zu sein, während sie die globalen Märkte und Beziehungen verzerren, auf die die Europäer und ihre Verbündeten - und potenziellen Verbündeten - angewiesen sind. Die Berücksichtigung dieser Überlegungen könnte der erste Schritt zur Ausarbeitung einer europäischen Sanktionsdoktrin sein. Da die Welt in eine Ära größeren strategischen Wettbewerbs eintritt, werden die Europäer eine immer stärker abgesicherte Wirtschaftspolitik entwickeln müssen. In diesem Zusammenhang wird eine Bewertung ihrer Sanktionen gegen Russland den Europäern helfen, ihre Entscheidungsfindung in diesem Bereich besser anzupassen und die Entwicklung einer künftigen Sanktionspolitik in dieser neuen Ära zu unterstützen.“

[Damage done: Ways to measure European sanctions' success against Russia – European Council on Foreign Relations \(ecfr.eu\)](#)

Wie kann das **europäische Sanktionssystem effektiver** aufgestellt werden, wie kann die Umgehung von Sanktionen verhindert werden? Diese Fragen hat sich das Europäische Netz zur Überwachung und Analyse von Sanktionen und illegaler Finanzierung (**Euro SIFMANet**) gestellt und eine detaillierte Liste von Herausforderungen aufgestellt, die für eine wirksamere Umsetzung von Sanktionen in Angriff genommen werden sollten: [Proposal SIFMANet recommendations \(imagekit.io\)](#)

Siehe dazu auch einen Beitrag von Euractiv:

[EU sanctions against Russia: Is our work really done? – EURACTIV.com](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss